RheinlandPfalz
MINISTERIUM FÜR BILDUNG

LANDTAG
Rheinland-Pfalz
18/2365
VORLAGE

Ministerium für Bildung | Postfach 32 20 | 55022 Mainz

Vorsitzende des Ausschusses für Bildung
Frau Giorgina Kazungu-Haß, MdL
Landtag Rheinland-Pfalz
Platz der Mainzer Republik 1
55116 Mainz

DIE MINISTERIN

Mittlere Bleiche 61
55116 Mainz
Telefon 06131 16-0
Telefax 06131 16-41 10
ministerinbuero@bm.rlp.de
www.bm.rlp.de

16.08.2022

13. Sitzung des Ausschusses für Bildung am 21. Juli 2022
hier: TOP 6: Bildung in Deutschland 2022

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

der Tagesordnungspunkt 6 „Bildung in Deutschland 2022“ wurde in der Sitzung des Ausschusses für Bildung am 21. Juli 2022 mit Maßgabe der schriftlichen Berichterstattung durch die Landesregierung für erledigt erklärt. Daher berichte ich wie folgt:

Der gemeinsam von Bund und Ländern geförderte Bildungsbericht informiert seit 2006 regelmäßig im Abstand von zwei Jahren über Entwicklungen im Bildungswesen. Der aktuelle Bericht wurde – wie in den Vorjahren - durch eine unabhängige Gruppe von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern unter Federführung des DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation erstellt. Sprecher der Autorengruppe ist Professor Kai Maaz.

Beteiligt sind darüber hinaus das Deutsche Institut für Erwachsenenbildung Leibniz-Zentrum für Lebenslanges Lernen e.V., das Deutsche Jugendinstitut, das Deutsche Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung, das Leibniz-Institut für Bildungsverläufe, das Soziologische Forschungsinstitut an der Universität Göttingen sowie das Statistische Bundesamt und die Statistischen Ämter der Länder.

Ziel des Berichts sind empirisch belastbare und fortschreibbare Informationen zu allen Bereichen der Bildungsinstitutionen, von der KiTa bis zur Hochschule und für die Weiterbildung. Ein wechselndes Schwerpunktthema wendet sich bildungsbereichsübergreifenden Fragen zu. Im Bildungsbericht 2022 war dies das Thema „Bildungspersonal: Struktur, Entwicklung, Qualität und Professionalisierung“.

Im Folgenden werden aus dem sehr umfangreichen Bericht einige der zentralen Themen aufgegriffen werden.

Im Zentrum des Berichts steht, neben dem Bedarf an qualifizierten Fachkräften im Schul- und Kita-Bereich (dazu wurde in der Sitzung des Ausschusses für Bildung am 21. Juli 2022 ausführlich berichtet) auch das Thema Ganztag.

Die Landesregierung begrüßt grundsätzlich die gesetzliche Verankerung des Rechtsanspruchs auf ganztägige Bildungs- und Betreuungsangebote für Kinder im Grundschulalter.

Es sei daran erinnert: Rheinland-Pfalz war 2002 das erste Land, das ein Ganztagsschulprogramm gestartet hat. 53 Prozent der Grundschulkinder besuchen in Rheinland-Pfalz ein Ganztagsangebot, damit liegen wir über dem Schnitt der westdeutschen Länder. So sind Schuljahr 2020/2021 insgesamt 647 Ganztagsschulen, darunter 347 im Grundschulbereich. Ergänzt wird die Angebotspallette durch 107 verpflichtende Ganztagsschulen, darunter acht im Grundschulbereich, und 490 Grundschulen mit offenem Ganztagschulangebot. Knapp 88 Prozent der Grundschulen verfügen damit bereits über ein ganztägiges Angebot.

Das Ganztagsschulangebot wird in Rheinland-Pfalz jedes Jahr weiter bedarfsgerecht ausgebaut. Der schulische Ganztag ist ein wichtiger Beitrag für Chancengerechtigkeit, aber auch für die gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Mit dem erreichten Ausbaustand und der breiten Palette unterschiedlicher Organisationsformen ist eine sehr gute Basis an ganztägigen Bildungs- und Betreuungsangeboten in Rheinland-Pfalz vorhanden, um den ab 2025 vorgesehenen Rechtsanspruch für Kinder im Grundschulalter sowohl quantitativ als auch qualitativ erfüllen zu können.

Das aktuell veröffentlichte „Fachkräfte-Radar 2022“ der Bertelsmann-Stiftung geht davon aus, dass durch den Rechtsanspruch auf Ganztag für Grundschulkinder bundesweit bis zu 102.000 zusätzliche Fachkräfte benötigt werden. Darunter bis zu 5.000 in Rheinland-Pfalz. Die Studie geht dabei davon aus, dass künftig jedes Kind ein Ganztagsangebot in vollem Umfang wahrnimmt und nimmt dabei nur den Fachkräftebedarf in den Blick, der sich ergeben würde, wenn alle Kinder ausschließlich Hortangebote in Anspruch nehmen.

In Rheinland-Pfalz nehmen aber 90 Prozent der Grundschulkinder, die Ganztagsangebote besuchen, solche im schulischen Bereich wahr. In den vergangenen Jahren ist die Inanspruchnahme-Quote jährlich rund 1,5 Prozent auf nun rund 53 Prozent gestiegen. Auch wenn Erfahrungen aus dem U6-Bereich zeigen, dass mit Einführung von Rechtsansprüchen die Inanspruchnahme-Quoten sich auch dynamisch entwickeln können, liegt Rheinland-Pfalz mit diesen Steigerungsraten im Bereich dessen, was andere Studien für unser Land ebenfalls prognostizieren. So geht eine Studie des DJI aus Oktober 2021 („Plätze. Personal. Finanzen. – Teil 2: Ganztägige Angebote für Kinder im Grundschulalter") je nach Szenario davon aus, dass die Inanspruchnahme-Quote im Schuljahr 2029/2030 (Endausbau stufenweise Einführung Rechtsanspruch) 69 bis 75 Prozent beträgt. Weil es in Rheinland-Pfalz eine breite Palette an Angebotsformaten gibt, wird sich der Fachkräftebedarf auf die unterschiedlichen Professionen, die im Ganztag tätig sind, verteilen. An den Ganztagsschulen sind hier im Ganztag multiprofessionelle Teams tätig, die sich z. B. aus Lehrkräften, pädagogischen Fachkräften, Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen und dem Personal außerschulischer Kooperationspartner zusammensetzen.

Aufgrund dieser Angebotsstruktur und der bereits vorhandenen Maßnahmen zur Fachkräftesicherung ist Rheinland-Pfalz auch im Hinblick auf den Rechtsanspruch deshalb sehr gut aufgestellt.

Mit der Corona-Pandemie standen Schule und Unterricht vor immensen technischen Herausforderungen.

Zu Beginn der Pandemie gaben nur 33 Prozent der Lehrkräfte bundesweit an, dass ihre Schulen gut mit digitalen Hilfsmitteln auf den Distanzunterricht vorbereitet waren. Die Situation wurde durch den DigitalPakt Schule verbessert.

5 Mrd. Euro hatte der Bund im Jahr 2019 dafür zur Verfügung gestellt, davon rund 241 Mio. Euro für Rheinland-Pfalz. Um die Digitalisierung im Schulbereich zu stärken, hat der Bund im Rahmen des Sondervermögens „Digitale Infrastruktur" den DigitalPakt Schule während der Corona-Pandemie um weitere 1,5 Mrd. Euro aufgestockt, von denen 72,3 Mio. Euro auf Rheinland-Pfalz entfielen.

Und auch das Land investiert kräftig in die digitalen Bildungsinfrastrukturen. Allein rund 6 Mio. Euro stehen jährlich für die Unterstützung der Schulträger bei der Umsetzung eines zeitgemäßen IT-Supports und der Administration an Schulen zur Verfügung. Mit

Mitteln des Landes wurden in den vergangenen beiden Jahren 13.000 digitale Endgeräte für Schülerinnen und Schüler sowie 3.000 Geräte für Lehrkräfte beschafft. Im Rahmen des 2007 gestarteten Landesprogramms „Medienkompetenz macht Schule" fördert das Land die digitale Sachausstattung von Schulen. Nicht zuletzt deshalb stehen unseren Schülerinnen, Schülern und Lehrkräften heute über 130.000 digitale Endgeräte für den Unterrichtseinsatz zur Verfügung. Und auch die flächendeckende WLAN-Ausstattung der Schulen kommt gut voran. Aus Rückmeldungen der Schulen ist bekannt, dass im April dieses Jahres bereits rund 97 Prozent aller Schulen über eine WLAN-Ausleuchtung verfügen.

Der Bildungsbericht zeigt: Das Bildungssystem in Rheinland-Pfalz hat eine solide Struktur, aber diese muss beständig gestärkt und ausgebaut werden. Der Weg, dabei auf der Grundlage empirischer Daten mit der Wissenschaft zusammenzuarbeiten, hat sich als richtig erwiesen.

Das Werben um Fachkräfte und die Digitalisierung der Bildung müssen aktuell weiter vorangetrieben werden.

Vor allem aber muss für eine gute Integration von geflüchteten Kindern und Jugendlichen gesorgt und noch mehr Chancengerechtigkeit ermöglicht werden.

Die Kopplung von schulischen Kompetenzen und sozioökonomischem Status ist in Deutschland – nicht nur bei geflüchteten Schülerinnen und Schülern - zu stark ausgeprägt. Individuelle Förderung muss daher grundsätzlich intensiviert werden.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Stefanie Hubig